

Danke ver.di Berlin ! Chance für Einkommensangleichung vertan!

Bei den letzten Tarifgesprächen war eine gemeinsame Linie mit allen Gewerkschaften und dem Senat nicht möglich. Es konnte kein Einvernehmen über den Wiedereintritt Berlins in die Tarifgemeinschaft der Länder und damit für die Übernahme des Tarifvertrages der anderen Bundesländer erzielt werden, weil ver.di zum Abschluss auf dieser Basis nicht bereit war. Sie wollten unter allen Umständen zusätzlich das kommunale Tarifrecht (TVöD) für Berlin durchsetzen.

In unseren Geschäftsstellen laufen die Telefone heiß. Die Kommentare der Kolleginnen und Kollegen in Richtung ver.di sind wenig schmeichelhaft. Sie reichen vom Vorwurf einer ideologischen Klientelpolitik für eine kleine Beschäftigtenzahl, über den Vorwurf, die Mehrheitsinteressen des öffentlichen Dienstes aus den Augen verloren zu haben, bis zu dem Vorwurf, damit aktiv gegen den Kündigungsschutz der Kolleginnen und Kollegen mit einem Arbeitsvertrag BAT-O votiert zu haben. Gerade diese Beschäftigten haben jahrelang auf Lohn verzichtet, um nun dafür den Kündigungsschutz, den der TV-L geboten hätte, zu verlieren.

Besonders schmerzt die Kolleginnen und Kollegen, dass wir noch im letzten Streik Seite an Seite mit allen Gewerkschaften gemeinsam für ein besseres Einkommen gestritten haben und auf Bundesebene aktuell gemeinsam verhandelt wird. Diese selbstverständliche Solidarität wurde nun von ver.di Berlin einseitig aufgekündigt - anfänglich zur Überraschung, am Ende zum Entsetzen auch der mit ver.di in einer Tarifgemeinschaft agierenden Gewerkschaften GdP und GEW.

Die nachstehend aufgeführten Gewerkschaften des dbb beamtenbund und tarifunion berlin (DSTG Berlin, BSBD Berlin, gkl berlin und DPoIG Berlin) sahen mit der dbb tarifunion im Sondierungsangebot des Senats durchaus Möglichkeiten:

- den Arbeitnehmern in Berlin ein modernes Tarifrecht entsprechend den Regelungen in allen anderen Bundesländern (TV-L) inklusive aller Entgelterhöhungen zu ermöglichen.
- einen verbindlichen Stufenplan mit den Arbeitgebern zu vereinbaren, der den bestehenden Rückstand in der Bezahlung zu den anderen Bundesländern in absehbarer Zeit ausgleicht.
- sicherzustellen, dass eine komplette Angleichung der Arbeitsbedingungen in Ost und West, unter anderem bei Arbeitszeit und Unkündbarkeit, erfolgt.
- den Wiedereintritt des Landes Berlin in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zu vereinbaren.

Der Senat hatte sich in der letzten Verhandlungsrunde - auch wegen des gemeinsam aufgebauten politischen Drucks - wirklich bewegt und eine wirkungsgleiche Übertragung für die Beamten in Aussicht gestellt.

Der Senat will nun nicht mehr mit dem Ziel weiter verhandeln, ein gemeinsames Tarifrecht mit anderen Bundesländern zu erreichen. Der Versuch, Berlin wieder in den Flächentarifvertrag der Länder zu bringen, ist damit vorerst gescheitert. Wir werden mit allen gutwilligen Gewerkschaften trotzdem versuchen noch zum Abschluss zu kommen.

Detlef Dames
DSTG Berlin

Thomas Goiny
BSBD Berlin

Frank Becker
gkl berlin

Bodo Pfalzgraf
DPoIG Berlin